

„Wir Pensionäre werden uns gegen weitere Kürzungen wehren“

Dieter Berberich vom Bund der Ruhestandsbeamten warnt: Die Schuldenbremse könnte letztlich die ehemaligen Beamten treffen

Karlsruhe. Rentendebatte, leere öffentliche Kassen, verzweifelte Sparbemühungen der Politiker: Da geraten auch die Pensionszahlungen immer wieder in den Fokus. Von der „Pensionslawine“ ist oft die Rede. Und wenn der Ruf nach weiteren Kürzungen erschallt – wie kürzlich vom Steuerzahlerbund – dann sind Applaus und Empörung groß. Wie erleben die ehemaligen Beamten diese immer wieder aufflackernde Spardebatte? Welche Argumente und Forderungen führen sie an, welche Zukunftsperspektiven und Gefahren sehen sie? Darüber sprach BNN-Redakteurin Elvira Weisenburger mit Dieter Berberich, dem Bundesvorsitzenden der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen.

Angesichts der leeren öffentlichen Kassen geraten die Pensionäre immer stärker in den Fokus, wenn es ums Sparen und Streichen geht. Welcher Aspekt ärgert Sie da besonders?

Berberich: Dass der Eindruck erweckt wird, wir würden begünstigt – das bringt uns auf. Ich war 42 Jahre bei der Polizei. Der Staat hat mir damals bei meinem Eintritt ein Pensionsversprechen gegeben, und das hat er gewusst – aber er hat damals keine Rücklagen gebildet, um dieses Versprechen zu erfüllen. Kein Familienvater kann so wirtschaften, wie es der Staat jahrzehntelang gemacht hat. Und jetzt werden wir Pensionäre nur noch als Kostenfaktor gesehen. Übersehen wird dabei auch, dass es in den letzten Jahren schon elf Gesetzesänderungen gab, die zu Pensionskürzungen führten. Wir wehren uns dagegen, dass die kurzfristige Finanzpolitik auf unserem Rücken ausgetragen wird.

Ihr Zorn richtet sich also vor allem gegen die politische Klasse, die vor Jahrzehnten den Staat lenkte?

Berberich: Ja – und gegen die, die uns heute an den Pranger stellen. An der heutigen politischen Debatte ärgert uns, dass immer nur diskutiert wird, auf wie viele Milliarden die Pensionsverpflichtungen in welchem Jahr anwachsen werden. Ehrlicher wäre aber, auch andere Statistiken heranzuziehen und die Zahlen ins Verhältnis zu setzen.

Und welche Zahlen sind da aus Ihrer Sicht entscheidend?

Berberich: Die Steuereinnahmen im Vergleich zu den Pensionszahlungen. Denn das Verhältnis zwischen beiden Größen ist seit Jahrzehnten ziemlich stabil. Die Pensionsansprüche machen rund zehn Prozent der Steuereinnahmen aus. Da kann man nicht behaupten, dass die Pensionsbelastung explosionsartig gestiegen sei. Die wachsenden Steuereinnahmen hat man jedoch leider immer wieder dazu benutzt, neue Wohltaten zu verteilen.

Unstrittig sind jedoch die Prognosen für kommende Jahrzehnte: In Baden-Württemberg sollen die Pensionsausgaben von heute rund 3,4 Milliarden Euro auf rund sieben Milliarden im Jahr 2030 steigen. Es wäre schon ein großes Wirtschaftswunder nötig, um solche Zuwächse bei den Einnahmen zu bekommen. Wie

also soll das Land künftig die Pensionen finanzieren?

Berberich: Unbestritten: Diese Milliarden müssen irgendwann bezahlt werden. Und das müsste man verstärkt über die Steuer gewährleisten. Der gut verdienende Pensionär würde dann natürlich auch seinen Beitrag leisten – genauso wie der gut verdienende Rentner und der Kapitalanleger. Dann beträgt der Spitzensteuersatz eben nicht 42, sonder 46 oder 48 Prozent. Allerdings muss man auch berücksichtigen, dass das Land inzwischen – und das teils mit dem zurückbehaltenen Geld der Beamten – Versorgungsrücklagen bildet, die den angenommenen Milliarden-Fehlbetrag abmildern werden.

Fürchten Sie nicht, dass in einigen Jahren eher Kürzungen bei den Versorgungsempfängern beschlossen werden als Steuererhöhungen?

Berberich: Klar sehe ich mit Sorge, dass man irgendwann auf die Idee kommen könnte: „Wir machen eine Notverordnung à la Brüning und zahlen allen 30 Prozent weniger.“ Auch die Schuldenbremse könnte sich letztlich gegen uns richten – falls wir an den Punkt kämen, an dem der Staat die zulässige Verschuldungsgrenze überschreiten würde, um seine Verpflichtungen uns gegenüber einzuhalten. Deshalb beobachte ich auch sehr genau, was zurzeit in Griechenland und in Spanien passiert. Und im Baltikum waren die ersten, die wegen der knappen Staatsfinanzen bluten mussten, die öffentlich Bediensteten. Aber solche Maßnahmen wären die größte Ungerechtigkeit – und wir würden uns

wehren. Der Staat muss mal an anderen Ausgabenschrauben drehen.

Apropos Gerechtigkeit: Jüngere Arbeitnehmer mahnen die Generationengerechtigkeit an. Selbst sehr gut ausgebildete Leute wissen, dass sie im Alter, manchmal schon im Erwerbsleben, nicht mehr das Einkommen ihrer heute 70-jährigen Eltern erreichen werden. Was sagen Sie diesen Jungen, weshalb sie – neben dem Billionen-Schuldenberg des Staates – die Ansprüche der Älteren mit steigenden Abgaben schultern sollen?

Berberich: Ich habe selbst

Kinder und Enkel, und dieses Problem macht auch uns in gewissem Sinne sprachlos. Allerdings müssen Jung und Alt auch fair miteinander umgehen. Die Generationen nach dem Krieg haben die Gesellschaft aufgebaut, und sie haben sich ihre Häuschen oft hart am Mund abgespart. Der Lebensstandard heute ist viel höher. Wobei ich durchaus auch sehe, dass sich viele junge Familien heute die teuren Bauplätze und Häuser gar nicht mehr leisten können, wenn sie nicht geerbt haben. Für jede Seite und jedes Argument gibt es da viele unterschiedliche Beispiele. Es ist sehr schwierig, diese Diskussion unter Gerechtigkeitsaspekten zu führen.

Was glauben Sie: Droht uns auf längere Sicht ein harter Generationenkonflikt?

Berberich: Ich sehe eher eine große Gefahr, dass wir soziale Konflikte bekommen. Was glauben Sie, was im Osten los ist, wenn die Jahrgänge in Rente gehen, in denen viele Menschen wegen Arbeitslosigkeit zehn oder gar fünfzehn Ausfalljahre hatten? Da wird die Debatte um die Altersversorgung noch heikler – da mache ich mir keine Illusionen.

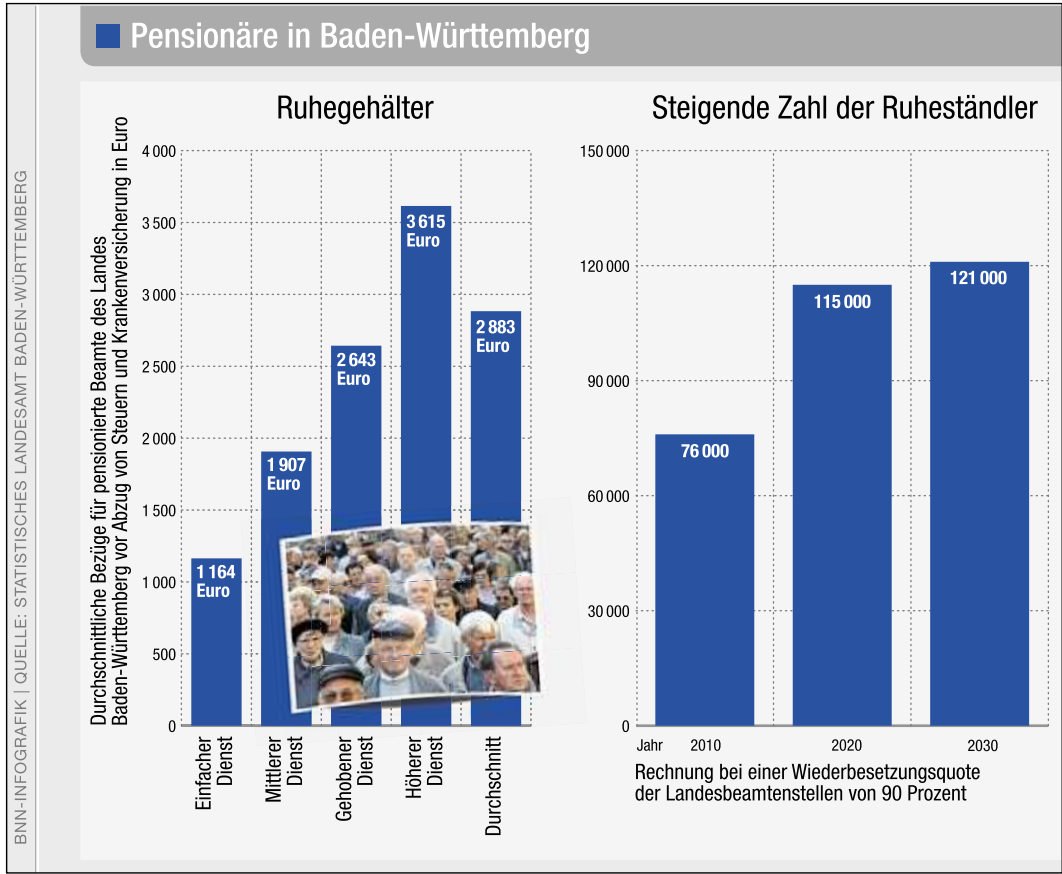
Können Sie da auch ein wenig nachvollziehen, dass mancher gesetzliche Rentner fast neidisch wird, wenn er von den 2 900 Euro Durchschnittspension hört?

Berberich: Das Problem ist, dass wir bei Rente und Pension zwei so unterschiedliche Systeme haben, die kaum noch vergleichbar sind. Die Beamtenversorgung ist verfassungsrechtlich eine amtsangemessene Vollversorgung nach dem Alimentationsprinzip. Die Rente hingegen ist keine Vollversorgung. Wer Durchschnittspension und Rente vergleichen will, muss auch Betriebsrenten und Zusatzrenten berücksichtigen – das wird in der öffentlichen Diskussion meist nicht gemacht. Außerdem bezahlen die Pensionäre recht hohe Beiträge in die private Krankenversicherung. Hinzu kommt, dass bei der Durchschnittsrente auch Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger einberechnet sind, andererseits aber Gutverdiener der freien Wirtschaft, die über der Beitragsbemessungsgrenze liegen, nicht einberechnet werden. Die meisten Beamten haben heute ein hohes Bildungsniveau, hohe Abschlüsse – das verzerrt die Durchschnittswerte.



„KEIN FAMILIENVATER KANN SO KURZSICHTIG WIRTSCHAFTEN WIE DER STAAT“, meint Dieter Berberich. Sein Zorn gilt den Politikern. Die Sorge um die Generationengerechtigkeit bewegt auch ihn. Foto: Sandbiller

BNN-Interview



Teuere Krankenkasse – karge Renten

In der Diskussion um die beiden Altersversorgungssysteme klagt jede Seite über Nachteile

Rentner und Pensionäre – beide Gruppen fühlen sich oft ungerecht behandelt. Es kommt immer darauf an, welcher Aspekt gerade diskutiert wird. Beispiel Krankenkosten: Da schlagen die Wellen der Empörung hoch, wenn der Landesvorsitzende des Steuerzahlerbundes, Wilfried Krahwinkel – wie jüngst im BNN-Gespräch – fordert, der Staat solle seine Kranken-Beihilfen für die Pensionäre von 70 auf 50 Prozent kürzen. „Wir bezahlen doch schon heute viel höhere Krankenversicherungsbeiträge als die gesetzlich versicherten Rentner“, empören sich Pensionäre – und verweisen darauf, dass ihre Ehepartner in der privaten Krankenversicherung nicht mitversichert sind. „Ein alleinstehender Pensionär bezahlt durchschnittlich 180 Euro für seine Krankenversicherung, ein verheirateter 360 Euro“, sagt Dieter Berberich, Bundesvorsitzender des BRH (Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund).

„Käme eine Kürzung der Beihilfen auf 50 Prozent, dann müsste so ein Pensionär etwa den doppelten Beitrag bezahlen“, betont Dieter Emig, Karlsruher Kreisvorsitzender des BRH – dies sei unzumutbar. Und ein BNN-Leser rechnet vor: Er beziehe eine Pension von

2 700 Euro netto – davon gingen schon heute 524 Euro für die private Krankenkasse ab.

Die Rentner wiederum verweisen auf die weit geringeren Durchschnittsrenten. 1 049 Euro sind es laut Statistik derzeit bei Männern und 528 Euro bei Frauen. Allerdings schlagen sich in diesen Zahlen die Spitzenverdiener nicht nieder – wegen der Beitragsbemessungsgrenze: Nur für Einkommen bis 5 500 Euro monatlich werden derzeit Rentenversicherungsbeiträge erhoben. Auch Betriebsrenten sind in die Durchschnittsrente nicht einkalkuliert. Wobei laut Versorgungs-

bericht des Bundes nur 27 Prozent der früheren Arbeiter und Angestellten eine Betriebsrente oder Zusatzversorgung beziehen.

Auch Besteuerungssysteme unterscheiden sich: Pensionen werden voll versteuert, Renten bisher nur zum Teil. Menschen, denen nach Abzug ihrer Wohnungsmiete nur wenige hundert Euro zum Leben bleiben, gibt es unter Rentnern, aber auch unter früheren „einfachen“ Beamten und deren Witwen. In einem allerdings sind sich viele Experten einig: Richtig spannend und schmerzhaft wird es für die nächsten Generationen von Senioren. ew

Hintergrund

Viele Beamte haben studiert

Dass in der Diskussion um Renten und Pensionen oft „Äpfel mit Birnen verglichen werden“, wie die Ruhestandsbeamten beklagen, rührt auch daher, dass unter den Be-

amten ungleich mehr Menschen mit Studium sind, darunter Richter und Professoren – was sich auf die Bezüge auswirkt: Rund 60 Prozent der derzeitigen Beamten im Dienste Baden-Württembergs sind Lehrer.

Vergleiche zwischen Rentnern und Pensionären funktionieren letztlich nur, wenn Gleichaltrige mit gleicher Ausbildung und Arbeitsleistung die Netto-Bezüge ihres Lebens vergleichen. Diese Statistik fehlt noch.

Städtetag will ein Ende der Trinkgelage

Stuttgart (dpa/lsw). Im Streit um ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen erhöht der baden-württembergische Städtetag den Druck auf die Landesregierung.

In einem Brief an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) forderte der Präsident des Städtetages, der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner (SPD), ein Ende der Trinkgelage in Fußgängerzonen und auf öffentlichen Plätzen.

Taximörder gibt große Rätsel auf

Friedrichshafen (dpa/lsw). Auch rund zwei Monate nach dem Taximord vom Bodensee gibt der mutmaßliche Täter große Rätsel auf.

Der 28-jährige Mann, bis zu dem brutalen Verbrechen am 9. Juni als Kleinkrimineller bekannt, hüllt sich weiter in Schweigen, heißt es bei der Polizei. Das Motiv liege völlig im Dunkeln. Ein Gutachter solle herausfinden, ob der gebürtige Russe mit deutschem Pass psychisch gestört ist.

Wandern für die Umwelt

In Freiburg endet heute der diesjährige Deutsche Wandertag

Freiburg (dpa/BNN). Mehrere tausend Wanderer aus ganz Deutschland haben gestern die Innenstadt von Freiburg in Bewegung gebracht. Zum Festumzug des 110. Deutschen Wandertages durch das Zentrum der badischen Universitätsstadt waren 10 000 Wanderer, zum Teil in Trachten, zum Teil in moderner Wanderkleidung unterwegs. 86 Gruppen – vom Altmärkischen Wanderverband über den Odenwaldklub bis zum Schwarzwaldverein – beteiligten sich. Mit von der Partie waren auch Musikkapellen.

Die 1,9 Kilometer lange Strecke säumten nach Schätzungen der Organisatoren 20 000 bis 30 000 Menschen. Der diesjährige Deutsche

Wandertag war am Donnerstag eröffnet worden und endet heute. Im Fokus stand diesmal der Umweltschutz. Dabei soll das Wandern als umweltfreundlichste Art der Fortbewegung mit Wissensvermittlung über modernste Lösungen für Umweltprobleme verknüpft werden. Damit will der Deutsche Wanderverband auch junge Menschen ansprechen.

Zunächst ein Jahr lang wird es entsprechende Aktionen und Themenwanderungen geben. Die Routen werden so gewählt, dass die Wanderer besondere Umweltprojekte erleben können. Insgesamt sind in den kommenden zwölf Monaten acht ein- und zweiwöchige Touren zu Umweltinnovationen vorgesehen.

Kurz notiert

Mängel bei Autobahnbrücken

Stuttgart (dpa). Mehr als jede sechste Autobahnbrücke in Baden-Württemberg ist in kritischem oder sogar ungenügendem Zustand, heißt es in einer Antwort des Umweltministeriums auf eine Landtagsanfrage der SPD. In sehr gutem Zustand sei nur jede 20. Autobahnbrücke im Südwesten. Mehr als ein Drittel der 1 511 baden-württembergischen Autobahnbrücken erreichten in der Bewertung nur die vierte von sechs Zustandsklassen mit der Beschreibung „noch ausreichend“.

Heftiger Streit um eine Frau

Markgröningen (lsw). Beherzte Autofahrer haben vermutlich einem Mann das Leben gerettet: Der 38-Jährige war bei einem Streit in einem Wagen von einem 44-Jährigen mit einem Teppichmesser lebensgefährlich verletzt worden. Die Helfer verhinderten durch ihr Eingreifen Schlimmeres. Das Fahrzeug war am Samstag in Markgröningen infolge des handgreiflichen Streits um eine Frau zwischen Fahrer und Beifahrer im Straßen-graben gelandet; dort verletzte der 44-jährige Fahrer den Beifahrer mit dem Schneidwerkzeug am Hals.

Mehr Plastikmüll sammeln

Umweltministerin Tanja Gönner will neue Wertstofftonnen

Von unserem Mitarbeiter Roland Böhm

Stuttgart. Mit mehr Bio- und neuen Wertstofftonnen will Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) das Müllsammeln im Land verbessern. Noch immer gebe es nur in 33 der 44 Städte und Landkreise gesonderte Biotonnen, und nur ein Drittel der eingesammelten Bioabfälle werde optimal zur Energiegewinnung genutzt, kritisierte Gönner (Foto: dpa). Zudem forderte sie, die Recyclingquote weiter zu steigern: Dabei könne eine Wertstofftonne helfen, in der im Gegensatz zum Gelben Sack auch Plastikspielzeug, CD-Hüllen oder Plastikmapen gesammelt werden könnten. „Plastik ist gleich Plastik und gehört wiederverwertet“, betonte Gönner.

Die Wertstofftonne sei auch ökologisch sinnvoll, „weil heute noch große Wertstoffmengen über den Restmüll in Müllverbrennungsanlagen ankommen“. Es rechne sich auch wirtschaftlich, wenn im rohstoffarmen Deutschland solche Wertstoffe gewonnen würden. Verpackungen in den Gelben Sack, Nicht-

Verpackungen in den Restmüll – diese Trennung würde so für den Verbraucher wegfallen. Schätzungen zufolge könnten so jährlich im Land 60 bis 80 Millionen Kilogramm mehr verwertbare Abfälle eingesammelt werden.

„Es muss gelingen, die in Abfällen enthaltenen Wertstoffe weitgehend als Ausgangsstoffe



UMWELTMINISTERIN Gönner

für neue Produkte zurückzugewinnen“, sagte Gönner. Dazu zählten Ausgangsstoffe für Elektronikprodukte wie Kobalt, das zur Herstellung von Lithium-Ionen-Batterien gebraucht werde oder Neodym, das bei Elektroantrieben in starken Dauermagneten genutzt werden kann. Da bereits von 2015 an europaweit eine getrennte Sammlung von Papier, Metall, Kunststoff und Glas vorgeschrieben ist, könne Deutschland mit der Wertstofftonne „Vorbild für Europa“ werden.

Noch stärker nutzen könne man auch die Bioabfälle, sagte die Ministerin: Etwa 160 Gigawattstunden Energie seien im vergangenen Jahr aus Bioabfällen erzeugt worden. Ein Vielfaches sei möglich – wenn besser verwertet und mehr eingesammelt werde.